

# Leserbriefe

## Leserbriefe

### Einheitskasse wäre wünschenswert

Ausgabe vom 30. April  
Leserbrief «Verheerende Auswirkungen»

Es ist für mich unvorstellbar, dass die Leistungen im Gesundheitsbereich gekürzt werden, wenn diese Initiative angenommen wird. Leider kann ich die Ansicht der drei Hausärztinnen nicht vertreten und zwar aus folgenden Gründen: 1. Die Prämien sind in den letzten Jahren massiv gestiegen, weil weder die Spitäler, die Pharmaindustrie, die Krankenkassen noch die Kantone sparen wollen. Obwohl die Kosten in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung gewaltig explodieren, möchte niemand die Verantwortung übernehmen. Diese sture Haltung finde ich gegenüber Patienten und Patientinnen beschämend. 2. Tatsache ist, dass wir in der Schweiz ein Überangebot an Spitalern haben. Laut Statistik gibt es im Kanton Zürich 16 Krankenhäuser für die allgemeine Pflege und 27 Spezialkliniken. Aus diesem Grund wäre es sinnvoll, wenn man unrentable Spitäler (zum Beispiel das Spital Wetzikon) schliessen würde. 3. Gemäss Santésuisse sind die Medikamentenkosten in der Schweiz auf neun Milliarden Franken angestiegen und alle Medikamente sind wesentlich teurer als im Ausland. Mit einem Generikum (Nachahmerprodukt) könnte man ebenfalls Millionen sparen, nur müssten diese Preise in der Schweiz ebenfalls gesenkt werden. 4. Benötigen wir in der Schweiz so viele Krankenkassen? Hier wäre eine Einheitskasse wünschenswert, wenn man weiss, wie viel die Krankenkassen-CEOs verdienen. Bestimmte Leistungen könnten auch gestrichen werden. Ich sehe nicht ein, weshalb alles von der Grundversicherung (zum Beispiel teure Medikamente) anstatt von der Zusatzversicherung bezahlt werden muss.

3. Gemäss Santésuisse sind die Medikamentenkosten in der Schweiz auf neun Milliarden Franken angestiegen und alle Medikamente sind wesentlich teurer als im Ausland. Mit einem Generikum (Nachahmerprodukt) könnte man ebenfalls Millionen sparen, nur müssten diese Preise in der Schweiz ebenfalls gesenkt werden. 4. Benötigen wir in der Schweiz so viele Krankenkassen? Hier wäre eine Einheitskasse wünschenswert, wenn man weiss, wie viel die Krankenkassen-CEOs verdienen. Bestimmte Leistungen könnten auch gestrichen werden. Ich sehe nicht ein, weshalb alles von der Grundversicherung (zum Beispiel teure Medikamente) anstatt von der Zusatzversicherung bezahlt werden muss.

Agnes Mattle, Winterthur

### An der falschen Stelle gespart

Ausgabe vom 8. Mai  
«Politiker wollen weniger Geld für Kultur»

«Winterthur ist eine Kulturstadt!» Doch Worte alleine machen noch keine Kulturstadt. Kultur benötigt finanzielle Unterstützung, um zu gedeihen. Anfang des Jahres überraschte der Stadtrat positiv mit dem Vorschlag, die Subventionsverträge vieler kleinerer und mittlerer Kulturinstitutionen zu erhöhen. Nun, vier Monate und einige Lesungen später, folgt die Ernüchterung: Die zuständige Kommission hat beschlossen, die vom Stadtrat vorgeschlagene jährliche Erhöhung der befristeten Subventionsbeiträge um eine Million Franken und somit um die Hälfte zu kürzen. Dieses Signal der Kommission ist ein Schlag ins Gesicht der Winterthurer Kultur und ins Konzept von «Winterthur als Kulturstadt». Es scheint, als würde die Bedeutung der Kultur von einer Mehrheit der Winterthurer Politik nicht wertgeschätzt. Dabei geht es gerade einmal

um 500'000 Franken, was rund 0,028 Prozent des Gesamtbudgets der Stadt entspricht. Das Parlament hat nun die Chance, das Gegenteil zu beweisen. Es kann zeigen, dass es die Kultur in unserer Stadt wirklich unterstützt, indem es diese Kürzung nicht gutheisst. Nur so können wir weiterhin mit Stolz sagen: «Winterthur ist eine Kulturstadt!»  
**Christine Bachmann, Präsidentin Kellertheater Winterthur**

### Wohneigentum statt Klima-Initiativen

Ausgabe vom 8. Mai  
«Kampf für weniger Asphalt startet jetzt»

Die Stadt Winterthur hat zwei grosse Probleme: Zuwenig Wohnungen und klamme Finanzen. Dazu kommt mit Netto-Null Tonnen CO<sub>2</sub> bis 2040 eine herausfordernde Aufgabe dazu. Beide Probleme und die Aufgabe werden durch die Klima-Initiativen nicht gelöst. Finanzvorsteher Kaspar Bopp rechnet für dieses Jahr mit einem Verlust von 5,7 Millionen Franken, 2026 wird der Verlust 29,7 und 2027 bereits 54,7 Millionen Franken

betragen. Die Schulden von 1,1 Milliarden Franken werden weiter zunehmen, eine Besserung ist nicht in Sicht. Die beiden Klima-Initiativen kosten 100 bis 300 Millionen Franken und verschärfen das städtische Finanzproblem noch weiter. Für das Netto-Null-Ziel sind die beiden Klima-Initiativen auch keine Lösung. Sie wollen zwar Autos aus der Stadt verbannen, was sowohl der Stadtluft wie auch dem Klima nichts bringen. Ab 2035 werden in der EU keine Verbrennerautos mehr zugelassen. Damit werden auch in Winterthur 2040 die meisten Autos elektrisch fahren und kein CO<sub>2</sub> mehr ausstossen. Beide Klima-Initiativen tragen somit nichts zum Klimaschutz bei. Gemäss Stadträtin Christa Meier (SP) gefährden die Initiativen sogar das städtische Klimaziel von netto null CO<sub>2</sub> bis 2040. Für die beiden Hauptprobleme von Winterthur (zu wenig Wohnungen und klamme Finanzen) gibt es eine einfache Lösung: Mehr Wohneigentum. Damit wird zusätzlicher Wohnraum geschaffen und Winterthur bekommt mehr Geld, weil Hauseigentümer hohe Steuern bezahlen. Mit den zusätzlichen Steuereinnahmen können wirkungsvolle Investitionen getätigt werden, um das Netto-

Null-Ziel bis 2040 zu erreichen. Mehr Wohneigentum schafft damit eine Win-Win-Win-Situation und löst die grössten Herausforderungen der Stadt.  
**Ralph Bauert, Geschäftsführer Hauseigentümergebiet Winterthur**

### Wie ist das zu schaffen?

Ausgabe vom 15. Mai  
«Das müssen Sie zu den Stadtklima-Initiativen wissen»

Am 9. Juni entscheiden wir über die Stadtklima-Initiativen. Wie viel Platz den Autos genommen werden soll, ist eine Sichtweise der Frage. Die andere ist: Wie schaffen wir Klima-Anpassungs-Massnahmen zum Wohl aller innert nützlicher Frist mit verhältnismässigem Aufwand? Extreme Wettersituationen häufen sich. Die versiegelten Flächen werden zu wahren Backöfen. Das schadet der Gesundheit und – wer keine Klimaanlage hat, weiss das – der Produktivität. Bei Trockenperioden steigt der Wasserverbrauch, Starkregen überlastet die Entwässerungssysteme. Klimaanpassung ist keine reine Öko-Frage, mit ihr verbunden sind auch Gesundheits-, Infra-

struktur- und finanzielle Fragen. Strassen werden nicht aufgehoben, sie werden in der Fläche reduziert. Deshalb sage ich überzeugt Ja zu den Stadtklima-Initiativen.  
**Simon Demont, Winterthur**

### Teure Stadtklima-Initiativen

Ausgabe vom 15. Mai  
«Das müssen Sie zu den Stadtklima-Initiativen wissen»

Die Umsetzung der Gegenvorschläge würde rund 100 Millionen Franken, jene der Initiativen rund 300 Millionen Franken kosten. Die jährlichen Folgekosten – jedes Jahr! – alleine betragen rund zehn Millionen Franken (drei Steuerprozent), bei den Initiativen rund 20 Millionen. Zur Umsetzung der Initiative bräuchte es bei der Stadt gemäss Stadtrat rund 80 neue Stellen (davon 18 neue Verkehrsplaner), für die Gegenvorschläge rund 25. Die Fläche, die selbst bei den Gegenvorschlägen umgewandelt werden müsste, entspricht etwa zwei Mal der Strecke Wülflingen bis Sennhof oder rund 21'000 Parkplätzen. Auch der links-grün dominierte Stadtrat sagt 4 x Nein zu den

Initiativen und Gegenvorschlägen, weil sie gemäss Stadtrat die Erreichung der Klimaziele 2040 durch den Abbruch intakter Verkehrsinfrastrukturen gefährden, den Ausbau des Fernwärmenetzes verzögern und die Baustellen verdrei- bis verzehnfacht werden müssten. Zudem würden die Baustellen über fünfzehn Jahre auch den ÖV, die Blaulichtorganisationen, die Handwerker und die Anwohner ausbremsen. Die hoch verschuldete Stadt Winterthur sollte dieses Geld besser in den Bau von dringend benötigten Schulhäusern, Altersheimen, die ökologische Sanierung der KVA, die Sanierung der Abwasserreinigungsanlage, den raschen Ausbau des Fernwärmenetzes, Sportanlagen etc. einsetzen, statt für den Abbruch intakter Infrastrukturen.

**Romana Heuberger, Stadtparlamentarierin FDP/Präsidentin Stadtbaukommission Winterthur**

### Dauercamper werden vertrieben

Ausgabe vom 3. Mai  
«Familienunternehmen bangt um Zukunft»

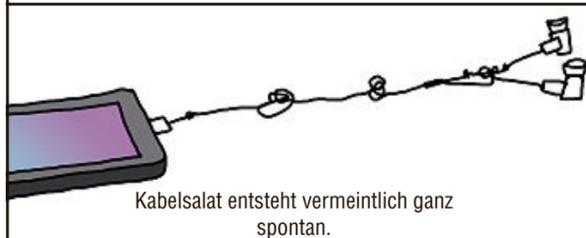
Ich erwarte von jedem städtischen Angestellten, insbesondere wenn er im Departement Finanzen arbeitet, dass er bei jedem Projekt darauf achtet, ob es notwendig ist, Millionen zu investieren, oder ob das Ziel auch günstiger erreicht werden könnte. Winterthur hebt sich durch seine Familienfreundlichkeit ab. Wer die einige Jahre zurückliegende Dokumentation von SRF über diesen Campingplatz gesehen hat, freute sich über die auf dem Campingplatz herrschende familiäre Atmosphäre, die insbesondere durch die Platzverantwortlichen vermittelt wird. Da der Campingplatz auch im Winter offen bleibt, gibt es dort nicht wenige Dauermieter. Diese sind mit den vor Ort herrschenden Verhältnissen offenbar zufrieden, auch wenn gewisse Erneuerungen sicher angebracht sind. Durch das Aufmotzen zu einem Luxusplatz werden diese Dauermieter vertrieben, weil sie sich die erhöhten Kosten nicht leisten können oder wollen. Für diejenigen, die aus finanziellen Gründen campieren, wird wohl das Sozialamt (beziehungsweise wir Steuerzahler) Mietwohnungen suchen und bezahlen müssen. Ein 4-Stern-Campingplatz dürfte sich wohl in Tourismusbroschüren gut machen, dass er aber auch rentiert und die über 6 Millionen amortisiert werden können, ist alles andere als wahrscheinlich. Wie wäre es denn, wenn man den aktuellen Pächtern mehr Freiheit gewähren würde, die notwendigen Investitionen selbst zu übernehmen? Diese wissen, was notwendig ist und können beurteilen, was sinnvoll wäre und was nicht. Ich hoffe, dass der Gemeinderat diese kostspielige Investition ablehnen wird und damit das städtische Defizit um 6 Millionen entlasten kann. Damit käme er wohl auch den aktuellen Nutzern des Campingplatzes entgegen.

**Hans Sigg, Winterthur**

## Die letzten Geheimnisse einer rationalen Welt von Ruedi Widmer

Nr. 1222 / Kabel

Trotz Bluetooth-Verbindungen über die Luft schwören noch immer viele Menschen auf Kopfhörer mit Kabel beim Mobilephone. Das hat zur Folge, dass man immer wieder Kabelsalat entwirren muss.



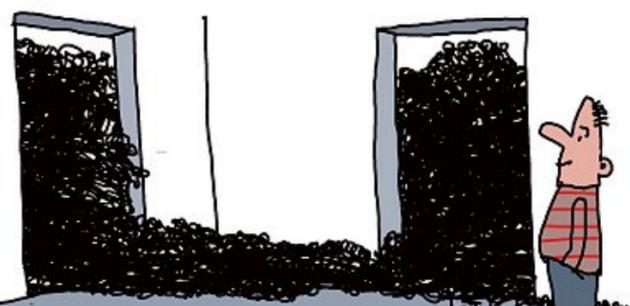
Kabelsalat entsteht vermeintlich ganz spontan.



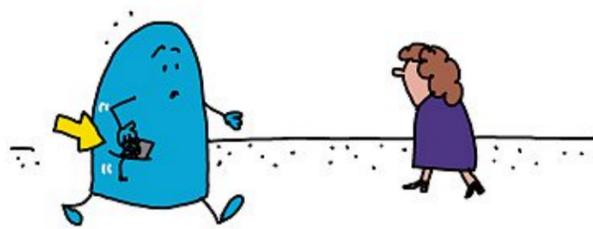
Die Wissenschaft beschäftigt sich schon lange mit dem Phänomen. Was man weiss: Kabel unter 46 cm Länge verknoten sich nicht.



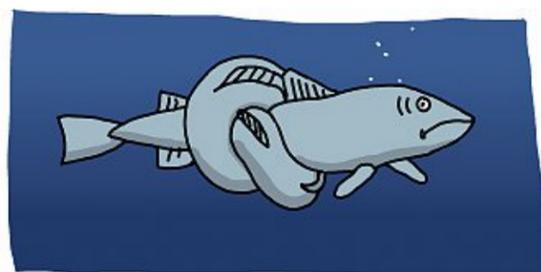
So sieht man z.B. bei Seilbahnen praktisch nie einen Kabelsalat – weil diese nicht in eine Hosentasche gesteckt werden müssen.



Kabelsalat ist mit etwas Olivenöl, Essig, Salz und Pfeffer durchaus geniessbar und nahrhaft (Kupfer). Und was gegessen ist, muss nicht mehr entwirrt werden.



Kabelsalat zu verhindern, hat mit Disziplin und Sorgfalt zu tun. Die Zeit dafür fehlt einem in der Eile beim Versorgen des Kabels in der Hosentasche oft. Aber es würde sich lohnen, sie sich zu nehmen.



Auch im atlantischen Kabeljau hat es nur höchst selten einen Knoten.

Markus Sötschenberger aus 3084 Wabern bei Bern ist stolzer Besitzer des längsten verwickelten Kopfhörerkabels der Welt. Es ist 10'280 km lang und füllt zwei Räume seiner Wohnung komplett aus. Die Entwirrung würde schätzungsweise 50 Jahre lang dauern – allein die Suche nach dem Anfang fünf Jahre.